

Anpassung und Ausschaltung – Die Berliner KV im Nationalsozialismus

## Mehrjähriges Forschungsprojekt ist nun abgeschlossen / Zwei Bücher erschienen

Im November endet das rund vierjährige KV-Forschungsprojekt „Anpassung und Ausschaltung – Die Berliner Kassenärztliche Vereinigung im Nationalsozialismus“ mit einer Gedenkveranstaltung im Haus der KV Berlin. In Anwesenheit der noch amtierenden Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) und der Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Lala Süßkind, werden dann auch von der wissenschaftlichen Projektleiterin Dr. Rebecca Schwoch die Forschungsergebnisse präsentiert. Das KV-Blatt wird in der Dezember-Ausgabe ausführlich berichten.



### Kollegen jüdischer Herkunft Forschungsprojekt

Die Erkenntnisse des Projekts sind in zwei Büchern veröffentlicht worden, die kurz vor der Abschlussveranstaltung erschienen sind. Eines der Bücher beinhaltet die Institutionengeschichte der Vorgängerin der KV Berlin, der Landesstelle Berlin der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands (KVD), das andere erscheint als Gedenkbuch mit den Biografien der jüdischen Berliner Kassenärzte.

Der Landesverband Jüdischer Ärzte und die KV Berlin haben im Jahr 2001 dieses Forschungsprojekt angestoßen und gemeinsam vorangetrieben. Finanziell Beteiligte waren die Kassenärztliche Bundesvereinigung, die Bundesärztekammer, der Deutsche Ärzteverlag/ Deutsches Ärzteblatt sowie mehr als 500 Einzelspender bundesweit. Vorbereitet wurde das Projekt am Institut für Geschichte der Medizin in Berlin. Von 2005 bis Mitte 2009 fand die eigentliche Forschungsarbeit am Institut für Geschichte und Ethik der Medizin in Hamburg statt.

### Die Institutionengeschichte der KVD-Landesstelle Berlin

Gemeinsam haben die Autorinnen Dres. Judith Hahn und Rebecca Schwoch das Buch „Anpassung und Ausschaltung. Die Berliner Kassenärztliche Vereinigung im Nationalsozialismus.“ erarbeitet. Die Quellenlage, auf der diese Forschungen basieren, erwies sich als äußerst schwierig. Erstmals wird in dieser Studie die Geschichte der Berliner Kassenärztlichen Vereinigung zur NS-Zeit dargestellt und präzise herausgearbeitet, wie die Vertreibung der jüdischen und der politisch verfolgten Berliner Kassenärzte durch ihre ärztliche Standesvertretung „im Einzelnen vor sich ging“. Weiter schreiben die Autorinnen in ihrem Vorwort zum Anliegen ihrer Studie: „Ausgehend von einer Darstellung der Entstehung ärztlicher Standesorganisationen im Allgemeinen und der Berliner KV 1931 im Besonderen, zeichnet sie die organisatorische Umgestaltung der kassenärztlichen Standesvertretungen im ‚Dritten Reich‘ nach. Sie beschreibt die ideologischen Prämissen der Ausschaltungspolitik gegenüber Berufskollegen im Nationalsozialismus, die gesetzlichen Regelungen und Veränderungen sowie die praktische Politik, nach der die neu errichtete ‚Verwaltungsstelle Berlin‘ der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands (KVD) verfuhr. Sie befasst sich mit den Protagonisten der ärztlichen Standespolitik in Berlin während der Zeit des Nationalsozialismus und versucht aufzuzeigen, welche Konsequenzen deren Handeln für die betroffenen Ärzte hatten. In einem abschließenden Ausblick fragt sie nach Kontinuitäten und Brüchen beim Aufbau einer KV in Berlin nach 1945.“

### Räderwerk der unerbittlichen Ausgrenzung

Es wird vor allem der institutionelle Mechanismus der Gesetzgebung und deren Ausführung durch die KV-Institution sichtbar – das Räderwerk der umgehend nach der Machtübernahme durch die NSDAP einsetzenden unerbittlichen Ausgrenzung, Diskriminierung und direkten Bedrohung von Menschen, die der antisemitischen Rassenideologie oder der politischen Verfolgung anheimfielen. Wie eine Maschinerie aus repressiven Gesetzen, Erlassen, An- und Verordnungen, Einschränkungen, Aberkennungen die jüdischen Kassenärzte überrollte und zu ihrer Entrechtung, Vertreibung, zu Suiziden und schließlich zur systematischen Ermordung führte. Eine anonym wirkende Maschinerie des institutionalisierten Antisemitismus, die die zumeist assimilierten Juden weder verstehen noch beeinflussen konnten. An eingefügten Kurzbiografien wird erschütternd dargestellt, wie sich die einzelnen Maßnahmen auf die Lebenswege der jüdischen Berliner Kassenärzte in verhängnisvoller Weise auswirkten. Zudem werden die engen personellen Verflechtungen zwischen ärztlichen Standesvertretern, dem faschistischen Herrschaftsapparat und der NSDAP als Partei bloßgelegt.

Die institutionalisierte, sich den Anschein der Legalität gebende Steuerung dieser schrittweisen Existenzvernichtung wird auch daran deutlich, wie weit das Gros der Kassenärzte dieses Vorgehen gegenüber ihren jüdischen Kollegen nicht nur duldeten, sondern vielfach akzeptierten, guthieß und daraus Vorteile zog.

Die Abläufe der schrittweise legalisierten Existenzvernichtung der jüdischen Ärzte werden im Buch chronologisch nachvollzogen. Im „Kapitel 1 – Vorgeschichte“ gehen die



Autorinnen den Grundlagen des rassistischen Antisemitismus speziell unter Ärzten im 19. Jahrhundert nach. Sie betrachten diesen im Verhältnis zur entstehenden Kassenarztstätigkeit, zu der Gründung von Organisationen zur Wahrnehmung ärztlicher Standesinteressen sowie den erfolgreichen Kämpfen der Ärzte, die 1931 schließlich zur Errichtung von Kassenärztlichen Vereinigungen per Notverordnung führten.

Warum die angestrebte Bildung einer KV in Berlin bis 1933 nicht zum Abschluss kam, wird im „Kapitel 2 – Gescheiterte Bemühungen um die Errichtung einer Kassenärztlichen Vereinigung in Berlin 1931–1933“ ausführlich dargestellt.

### Faschistisch gesinnte Ärzte übernehmen umgehend zentrale Ämter

Das „Kapitel 3 – Die ‚Gleichschaltung‘ der ärztlichen Standesvertretungen in Berlin“ vollzieht nach, wie der unverzügliche Austausch der Vorstände ab Februar 1933 durch Einsetzung von NS-Ärzten und die Umgestaltung bzw. Neuorganisation der Standesorganisationen zu autoritären Strukturen genau vonstatten gingen – in die Wege geleitet von faschistisch gesinnten Ärzten, die umgehend zentrale Ämter in den Herrschaftsstrukturen übernahmen.

Wie Ärzte unmittelbar nach Übernahme der Vorstände in den Berliner ärztlichen Standesorganisationen mit intensiven „Säuberungsaktionen“ unter ihren Kollegen begannen, ist in „Kapitel 4 – Ausgrenzung und Ausschaltung jüdischer und politisch missliebiger Ärzte in Berlin – Verordnungen und Praxis 1933“ ausführlich nachzulesen. Terror durch Gewalt, Verhaftung und Folter mit Todesfolge erlitten jüdische Ärzte nicht nur durch die SA, es beteiligten sich auch Ärzte direkt daran. Parallel dazu setzte sich zunehmend reibungsloses Verwaltungshandeln durch, sodass das Praktizieren jüdischer Kassenärzte sukzessive eingeschränkt wurde. Wellen verschärfter Zulassungsverordnungen

grenzten immer mehr politisch oppositionelle Ärzte und solche „nichtarischer Abstammung“ aus, wobei die führenden Berliner Standesvertreter zunächst eine radikale Haltung einnahmen und Verfahrensregeln bewusst missachteten. Sichtbar wird, dass NS-Ärzte sowohl Antriebskräfte der rassistischen Ausgrenzungen waren als auch Exekutoren der erlassenen Gesetze.

Die Neuordnung der ärztlichen Standesvertretungen zu einer zentralisierten und nach dem „Führerprinzip“ gegliederten reichseinheitlichen Standesorganisation wird im „Kapitel 5 – Umgestaltung der ärztlichen Standesorganisationen im Reich und in Berlin 1933–1934“ dargestellt. 1933 erfolgte als erster Schritt die Bildung der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands (KVD) als öffentlich-rechtliche Körperschaft. Die schon bestehenden KVen gingen in ihr auf und wurden zu Verwaltungsstellen als den eigentlichen Exekutivorganen der KVD-Standespolitik, die über die Zulassungsausschüsse und deren besondere Kompetenz des Ausschlusses jüdischer Ärzte die antisemitische Zulassungsordnung rigoros durchsetzten.

### Personelle Verflechtungen zwischen NSDAP, KV und Reichsärztekammer

Den personellen Verflechtungen zwischen der NSDAP, der KVD und der RÄK gehen die Autorinnen im „Kapitel 6 – Die Reichsärzteordnung 1935 und der Abschluss der ‚Neuordnung des ärztlichen Berufsstandes‘ in Berlin“ im Einzelnen nach. Ab 1934 setzte nach der Umstrukturierung der ärztlichen Standesvertretungen eine Phase der Konsolidierung autoritärer Machtstrukturen

ein. Die Neuformierung wurde mit der Reichsärzteordnung (RÄO) abgeschlossen. Auf dem Weg zur zentralisierten, streng hierarchisch gegliederten berufsständischen Organisation erfolgte 1935 mit der Errichtung der Reichsärztekammer (RÄK) der entscheidende zweite



ARCHIVFOTO: SCHLITT

Im Rahmen des Forschungsprojekts eingeweiht: Die virtuelle Gedenktafel für jüdische Ärzte in Berlin am Haus der KV-Berlin

Schritt. Die KVD wurde in die RÄK integriert, womit die angestrebte Eingliederung der Ärzteschaft in den NS-Staat und damit in das Konzept der NS-Gesundheitspolitik vollzogen wurde.

Im umfangreichen „Kapitel 7 – Schritte der Ausschaltung – Maßnahmen der Berliner ärztlichen Standesorganisationen bis zum Entzug der Approbationen jüdischer Ärzte 1938“ werden die einheitlich gesteuerte Maschinerie und das Ineinandergreifen der Nürnberger Rassengesetze ab 1935 mit Fragebögen, Meldebogenaktionen, Listen, Stellungnahmen sowie der Arbeit des Berliner KV-Zulassungsausschusses detailliert in den einzelnen Schritten nachgezeichnet. Die Nürnberger Gesetze boten der KVD die Möglichkeit, die noch tätigen jüdischen und politisch oppositionellen Ärzten per Zulassungsentzug aus ihren Kassenpraxen, aber auch aus ihrem Beruf per Approbationentzug zu vertreiben. Mit Listen jüdischer Ärzte sowie Anordnungen zum Versagen



Fortsetzung von Seite 33

von Kassenleistungen wurden ab 1935 nichtjüdische Patienten unter Druck gesetzt und von jüdischen Praxen ferngehalten, was große Auswirkungen auf die wirtschaftliche Existenz dieser Ärzte hatte. Diese Listen wurden zu einem Ausschlussinstrument unter Umgehung der Zulassungsfragen. Allen jüdischen Ärzten wurde ab 1938 zudem die Ersatzkassen-Zulassung entzogen. Die nun anhaltende ambulante medizinische Unterversorgung in Berlin wurde von der KVD bzw. der Berliner Landesstelle billigend in Kauf genommen.

### Jüdische Ärzte wurden zu „Krankenbehndlern“ degradiert

Der Leser erfährt im „Kapitel 8 – ‚Krankenbehandler‘ in Berlin – Bedingungen und Gefahren angesichts des Holocausts 1938 bis 1945“, unter welchen diskriminierenden Bedingungen die wenigen jüdischen Ärzte ihre aus-

schließlich jüdischen Patienten versorgen durften, die nach dem Approbationsentzug für alle jüdischen Ärzte am 30.09.1938 und der Vertreibung aus ihren Praxisräumen eine Zulassung als kassenärztlich

und/oder an Krankenanstalten tätige „Krankenbehandler“ erhielten. Sie waren völlig entrechtet und der Willkür von RÄK und KVD-Funktionären ausgeliefert. Nach dem Novemberpogrom vom 9./10.11.1938 nahm durch Terror und Verhaftungswellen der Emigrationsdruck auf Juden stark zu. Damit fluktuierte die ohnehin geringe Anzahl der zugelassenen Berliner „Krankenbehandler“ bis zum Emigrationsverbot 1941 stark: sie wurden verhaftet, in Konzentrationslager verschleppt, flohen aus

Deutschland oder versuchten zu emigrieren; manche praktizierten nur für kurze Zeit.

### Viele Täter blieben unbehelligt

Das abschließende „Kapitel 9 – Ausblick – Nationalsozialistische Standesvertreter und der Aufbau ärztlicher Standesorganisationen nach dem Krieg in Berlin“ befasst sich mit dem Verhältnis von personellen und organisatorischen Kontinuitäten in der ärztlichen Standesvertretung der Berliner Kassenärzte und einem Neubeginn nach 1945. Ein Teil der ärztlichen NS-Standespolitiker in zentralen Positionen war 1945 bereits tot oder entzog sich durch Suizid der Verantwortung. Einige arbeiteten nach dem Krieg wieder als Kassenärzte. Von drei prominenten Mitarbeitern der KVD-Reichsstelle ist bekannt, dass sie erneut standespolitisch bzw. beim Aufbau der neu entstehenden KV Berlin tätig waren – sie alle blieben unbehelligt, denn ihre Verstrickungen in das NS-Gesundheitssystem gereichten ihnen nicht zum Nachteil. Von nur einem hohen NS-Ärztelfunktionär ist bekannt, dass er strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurde. Von den überlebenden jüdischen Berliner Kassenärzten nahmen nach 1945 in der Stadt 35 wieder eine kassenärztliche Tätigkeit auf.

Judith Hahn / Rebecca Schwoch  
**Anpassung und Ausschaltung. Die Berliner Kassenärztliche Vereinigung im Nationalsozialismus.**

Verlag Hentrich & Hentrich Teetz/Berlin, 1. Auflage 2009  
ISBN 978-3-941450-09-7, Preis: 19,80 €

### Gedenkbuch

Für das Gedenkbuch mit den Kurzbiografien von 2.018 jüdischen Berliner Kassenärzten (von ca. 3.600 Berliner Kassenärzten) zeichnet Rebecca Schwoch als Herausgeberin verantwortlich. Mit den Kurzbiografien gelang es, die Spuren derjenigen Ärzte wiederzufinden, denen ein menschenverachtendes System das Menschsein absprach.

Anhand der Schicksale der Ärzte wird nachvollziehbar, welche Konsequenzen sich für ihr Leben ergaben, als sie aufgrund ihrer jüdischen Herkunft durch ärztliche Standesvertreter als Teil des Nazi-Herrschaftssystems Opfer von Ausgrenzung und Vertreibung wurden, so wie es in der Institutionengeschichte ausführlich dargestellt ist. Die Biografien sind alphabetisch geordnet und mit Fotos illustriert, sofern Nachfahren gefunden werden konnten.

Anliegen des Gedenkbuches ist es, diese ärztlichen Kollegen dem Vergessen zu entreißen und auch die historischen Erfahrungen, die damit verbunden sind, in verantwortliches Handeln der heutigen Ärzteschaft einfließen zu lassen. Die Herausgeberin schreibt in ihrem Vorwort: „Zeitzeugen machen uns die Gegenwart unserer Vergangenheit deutlich. Dabei geht es um die Erinnerung an eine deutsche Verfolgungs- und Vernichtungsgeschichte, die nach wie vor nicht vergangen ist, was nicht allein an noch lebenden Zeitzeugen liegt.“

Zur Vervollständigung der Gedenktafel wird das Gedenkbuch ab dem 03.11.2009 im Eingangsfoyer auf einem Pult ausliegen, so dass nun zu den vorüberfließenden Namen in der Lichtprojektion die Lebenswege dieser jüdischen Ärzte jederzeit nachzulesen sind. Damit gemahnt die KV Berlin an die jüdischen Ärztinnen und Ärzte, die durch ihre Kollegen verfolgt, entrechtet, ins Exil oder in den Tod getrieben wurden.

Rebecca Schwoch (Hrsg.)  
**Berliner Jüdische Kassenärzte und ihr Schicksal im Nationalsozialismus. Ein Gedenkbuch.**  
Verlag Hentrich & Hentrich Teetz/Berlin, 1. Auflage 2009  
ISBN 978-3-941450-08-0, Preis: 38,- €

Dr. rer. pol. Ellen Harnisch

(Zwischenüberschriften von der Redaktion)

